

# Berliner Tageblatt

Nr. 353 • Ausgabe B Nr. 190  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 353

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: E. Heedes Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

### Eine Note Briands.

#### Aufforderung zur Annahme der Deutschland gestellten Bedingungen.

Berlin, 16. August. (W. T. Z.) Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris folgende Note übermittelt:  
„Am Namen der im Obersten Rat vertretenen alliierten Regierungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß der Oberste Rat am 13. August 1921 bezüglich der am 7. März d. J. verhängten wirtschaftlichen Sanktionen folgenden Entschluß gefaßt hat, dessen Wortlaut folgt:

1. Auf Grund der Annahme des Ultimatum vom 5. Mai 1921 durch Deutschland, sowie auch auf Grund der ersten von Deutschland auf Reparationszahlung geleisteten Zahlungen und unter Vorbehalt der vollständigen Gleichung der Summen, die Deutschland am 31. August 1921 zu zahlen hat, beschließt der Oberste Rat einstimmig, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch ihn am 7. März 1921 verhängt wurden. Diese Entscheidung wird gegebenenfalls am 15. September 1921 in Kraft treten.

2. Jedoch ist diese Entscheidung von folgenden vorher von der deutschen Regierung anzunehmenden Bestimmungen abhängig:

a) Es wird eine internationalisierte Stelle geschaffen, die im Gemeinwohl mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird, bei der Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, welche Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailler Friedens besetzten Gebietes sind. Der einzige Zweck dieser Stelle ist es, Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrverbot hinsichtlich des besetzten Gebietes eine Veranlassung der internationalisierten Behörde unter Verstoß gegen die Artikel 264 bis 267 des Friedensvertrages zur Folge hat.

b) Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Bestimmungen vorgenommen worden sind, welche die internationalisierte Kommission in Ausführung der auf der Konferenz im März 1921 getroffenen Entscheidungen erlassen hat. Es wird von allen öffentlichen und Verwaltungsbehörden wegen solcher Handlungen Abstand genommen, die nach Maßgabe der erwähnten Bestimmungen vorgenommen sind.

3. Die internationalisierte Rheinlandkommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung der italienischen Regierung, Ausführungs- und Übergangsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorerwähnten Entscheidungen sowie auf die Verwendung der verzin-

nahnten Gelder und die Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen.

4. Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die im § 2 erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, der von den Regierungen der Besatzungsmächte und von der italienischen Regierung ernannt wird und keine Vorrechte vor dem 1. September der Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachverständigen werden möglichst bald in Koblenz zusammenzutreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen.

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schriftstück Ihrer Regierung zu übermitteln und ihr mitzuteilen, daß ich mich freuen würde, von Ihnen zu erfahren, daß Sie die in der Entscheidung der alliierten Mächte aufgeführten Bedingungen annehmen.

gej. Briand.

## Plan einer internationalen Finanzkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 16. August.

Nach den Morgenblättern wird in Washington von den Beamten des amerikanischen Schatzamtes augenblicklich der Plan einer internationalen Finanzkonferenz entworfen. Diese soll gleichzeitig mit der Entlohnungskonferenz stattfinden und sich hauptsächlich mit der Frage der Konsolidierung der Währungsfrage befassen. Es heißt ferner, daß Ministerpräsident Briand persönlich als Haupt der französischen Abordnung zu den Beratungen der Abwicklungs-Konferenz sich nach Washington begeben wird.

Washington, 16. August. (Uld. Tel.)

Der amerikanische Delegation für die Abwicklungs-Konferenz, die vom Außenminister Hughes geleitet werden soll, wird wahrscheinlich der Senator von Pennsylvania Knag beitreten. Präsident Harding beabsichtigt, die Schwierigkeiten, die sich Wilson mit der Ernennung eines Delegierten für die Verlierer-Kommission entgegenstellen, zu vermeiden. Man nimmt an, daß bald nach der Eröffnung der Konferenz Präsident Harding in den Hintergrund treten wird. Besondere Betrübnis erregt die Mitteilung, daß Briand, an der Spitze der französischen Vertreter, selber der Abwicklungs-Konferenz bedürftig wird. Unter anderem steht auf der Abwicklungs-Konferenz zur Entscheidung die Frage, in welcher Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen; es ist noch nicht sicher, ob die englische Sprache offizielle Konferenzsprache sein wird. Präsident Harding hat gegen vom Kongreß ein Budget von 200 000 Dollar für die Veranstaltung der Konferenz eingepreist.

Die Chicago Tribune meldet aus Washington: Die amerikanischen Regierungstreue haben bereits alle Hände voll zu tun, um die Quartiere für die Delegierten der Abwicklungs-Konferenz vorzubereiten. Japan teilt bereits mit, daß etwa 200 Personen zur Konferenz kommen. Großbritannien forderte, daß ihm zwei Hotels vollständig überlassen würden. Frankreich hat zwar noch seinen offiziellen Wunsch geäußert, aber man glaubt, daß auch der Canal d'Orléans eine große Anzahl von Wohnräumen beanspruchen wird.

## Die Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich.

Der Reichskanzler lehnt erneut das Verlangen nach Ausfuhrbeschränkungen in Bayern ab.

### Die Getreideaufkäufe in Bayern.

Eine Note der Reichsregierung.

E. D. Die bayerische Regierung war durch größere, preissteigernde Getreideaufkäufe auf dem Lande benutzigt worden und hatte, um diesen Aufkäufen entgegenzutreten in Berlin eine vorübergehende Wiedereinführung der Ausfuhrkontrolle für Getreide beantragt. Der Reichskanzler hat sich bei dem Reichspräsidenten für die Aufhebung dieser Beschränkung im Interesse der deutschen Wirtschaftlichkeit abgeben. Daraufhin hatte der bayerische Ministerpräsident v. Kahr in einem dringenden Telegramm den Reichspräsidenten aufgefordert, den Entschluß des Reichspräsidentenministeriums nochmals zu prüfen. Gleichzeitig hatte die offiziöse „Mündener Korrespondenz Hoffmann“ in einer ungewöhnlichen Sprache der Reichsregierung Verständnislosigkeit vorgeworfen. Wie wir hören, hat der Reichskanzler sich in diesem Standpunkt des Reichspräsidentenministeriums zu eigen gemacht und sich anerkennend erklärt, den Wünschen der bayerischen Regierung Folge zu leisten.

Wir können dieser Stellungnahme des Reichspräsidenten nur beifolien. Neben vor es, daß im Reichstag zuerst und mit allem Nachdruck die allg. freie Getreideausfuhr verlangt hat. Wären der Reichspräsident und Reichspräsidentenministerium vor Wobden diesem Verlangen geblieben, dann hätte die bayerische Regierung zweifellos nicht mehr zögern, über wilde Märkte zu kagen, als es jetzt der Fall ist, so man sich im Reichstag und im Reichstag auf ein Ausfuhrverbot in freier Verwendung des überschüssigen Getreides geeinigt ist. Inzwischen sind die Preise, nach dem ersten Ansturm, bereits überall zurückgegangen. Verwirrt wird dieser Preisrückgang durch den vom 18. August ab zugelassenen freien Getreideexport aus dem Auslande werden. Insbesondere werden die rheinischen Großmühlen, schon um der billigeren Transportkosten willen in Ausfuhr in Bayern ausweichen. Wie verlautet, hat der Reichskanzler den bayerischen Getreidebesitzer in Bayern nach nach mündlich seinen Standpunkt anerkennend bestätigt. Würde man das bayerische Verlangen erfüllen, dann würde Deutschland ein erhebliches Wirtschaft- und Ernährungsgebiet wieder gewinnen und wir würden von neuem jene unangenehmen Zustände bekommen, die wir während der letzten Kriegsjahre durch-

gemacht haben, wo jeder Preis möglichst niedrig war, durch eine scharfe Ausfuhrkontrolle so wenig wie möglich an Lebensmitteln aus dem Reich herausgelassen, eine Methode, die schließlich in einen Krieg aller gegen alle ausgearbeitet droht.

Wenn die bayerische Regierung wie es das Telegramm des Herrn v. Kahr durchläßt, läßt sich der Wunsch der Berliner Zentralinstitute nicht fügen, und von sich aus Ausfuhrbeschränkungen und dergleichen vornehmen sollte, so würde sie sich damit außerhalb der Verfassung stellen, das heißt, jeden Reichsboden verlassen, und damit würde Herr v. Kahr einen ähnlichen Weg einschlagen, wie ihn sein Vorgänger, der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner betrat, als er antwortete erklärte, daß Bayern die Beziehungen zum Kaiserreich nicht in Bayern abbrechen werde. Wenn die Bayerische Volkspartei, mit Dr. Heim im Hintergrunde, diese Politik des Wagens oder Wagens mitnimmt, und vielleicht sogar von der Mittelpartei, den Deutschen Nationalen, darin unterstützt werden sollte, so müßten die Demokraten dann endlich — endlich die Forderungen daraus ziehen und aus der innerlich unruhigen bayerischen Regierungspolitik aufhören, da sie in ihrem Reichstag den Reichsboden allein anderen vorantreiben. Die Reichsregierung aber müßte ihrerseits die Getreideaufkäufe nach Bayern sperren. Das würde, da Bayern vornehmlich in der Getreideerzeugung Bedarfgebiet ist, eine sehr empfindliche Maßnahme sein, um so mehr, als Bayern bei der Getreideaufkaufverteilung vor allen anderen Ländern und Bezirken bisher schon überaus bevorzugt worden ist. Im letzten Getreidejahr (1920/21) hat Bayern nicht weniger als 272 000 Doppelzentner überbietet.

Wir hoffen inderdeß, daß das Kabinett sich es nicht zu einem Konflikt kommen lassen, und sich, im Interesse der Gesamtheit, nicht auf seine Sonderwünsche festsetzen wird, die zu unangenehmen Konsequenzen führen müßten.

\* Infolge der wilden Aufkäufe von Getreide in Bayern, die durch die Getreideaufkäufe auf dem Lande benutzigt worden sind, hat die Reichsregierung die allg. freie Getreideausfuhr verlangt hat. Wären der Reichspräsident und Reichspräsidentenministerium vor Wobden diesem Verlangen geblieben, dann hätte die bayerische Regierung zweifellos nicht mehr zögern, über wilde Märkte zu kagen, als es jetzt der Fall ist, so man sich im Reichstag und im Reichstag auf ein Ausfuhrverbot in freier Verwendung des überschüssigen Getreides geeinigt ist. Inzwischen sind die Preise, nach dem ersten Ansturm, bereits überall zurückgegangen. Verwirrt wird dieser Preisrückgang durch den vom 18. August ab zugelassenen freien Getreideexport aus dem Auslande werden. Insbesondere werden die rheinischen Großmühlen, schon um der billigeren Transportkosten willen in Ausfuhr in Bayern ausweichen. Wie verlautet, hat der Reichskanzler den bayerischen Getreidebesitzer in Bayern nach nach mündlich seinen Standpunkt anerkennend bestätigt. Würde man das bayerische Verlangen erfüllen, dann würde Deutschland ein erhebliches Wirtschaft- und Ernährungsgebiet wieder gewinnen und wir würden von neuem jene unangenehmen Zustände bekommen, die wir während der letzten Kriegsjahre durch-

## Die Pläne der Welfen.

Zum Ablauf der Sperrfrist.

Von (Kadaver) verlesen.)

J. Ditz (Hannov.)

Die Sperrfrist für die Revision von Ländern ist am 11. August abgelaufen, nachdem die Beschlüsse einer gesetzlichen Verlängerung gescheitert waren. Alle Parteien, auch die Deutschhannoveraner, haben die Vornahme einer Abstimmung im gegenwärtigen Zeitpunkt, insbesondere mit Rücksicht auf Oberhessen, für ungewiss erachtet. Es erscheint uns aber notwendig, die hannoversche Frage als solche bereits jetzt die erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Redaktion.

Es gibt eine hannoversche Frage. Vor dem Kriege wie vergibt die Majorität nahezu abgeräumt, landete sie mit der Revision wieder auf. „Am freien Deutschland ein freies Hannover“ — so wurden und werden noch heute unzählige Reden, Ansprachen und Unterhaltungen geschlossen. Die über die ganze Provinz veranlasseten Heimatsfeste warben in den vergangenen Sommermonaten sonntäglich für Organisation und Idee, und es hängt bei der bürgerlichen Bevölkerung mit materiellen, unter der Intelligenz mit kulturellen Argumenten. Die neue Verfassungsrevision ermächtigt die Wiedererrichtung eines selbständigen Reiches Hannover. Artikel 18 für den in der vorigen Woche die Sperrfrist abgelaufen ist, bestimmt in Absatz 1 und 2:

„Die Änderung des Gebietes von Ländern und deren Revision innerhalb des Reiches erfolgen durch verfassungsgemäße Reichsgesetze. Stimmten die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes.“

Da zu einem verfassungsändernden Gesetz die notwendige Zweidrittelmajorität niemals erreicht werden, andererseits aber Preußen als eines der beteiligten Länder der Selbständigmachung Hannovers sichtlich ablehnend gegenübersteht, so gründen sich die welfischen Hoffnungen auf den folgenden Absatz 3:

„Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietserweiterung oder die Bildung aber durch den Willen der Bevölkerung gelobt wird und ein überwiegendes Reichsinteresse für besteht.“

Nachdem ich meine Bedingungen zu genügen, dem Willen der Bevölkerung und einem „überwiegenden Reichsinteresse“. Der „Wille der Bevölkerung“ ist durch Abstimmung festzustellen. Befassen wir uns mit deren Ausichten später. Das „überwiegende Reichsinteresse“ wird durch das Reichsparlament bestimmt. Die Verfassungsvorschrift gibt keine Klarheit darüber, welcher der beiden voraussetzenden Bedingungen vorzuziehen ist. Galt der Reichstag zunächst mit dem überwiegenden Interesse des Reiches sich zu befassen, so wurde er zweifellos ohne Weiteres verneint; denn die beiden in Frage kommenden Parteien und die beiden Reichsparteien sind geschlossen gegen die Ansprüche der welfischen Separatisten, und diese gewaltige Mehrheit wird noch verstärkt durch einen großen Teil der deutschen Demokratie und einzelne Zentrumsabgeordnete. Nur kaum ein Drittel sämtlicher Stimmen dürfte den hannoverschen Wünschen entgegenkommen. So wäre also die Abstimmung gar nicht erreichbar.

Indes halten wir eine solche Vorentscheidung für verfehlt; denn es ist sicher, daß dadurch der welfischen Reaktion nur Vorstoß geleistet wird. Auch aus dem Gesichtspunkte der Demokratie heraus würde es sich empfehlen, zu dem „überwiegenden Reichsinteresse“ nach der Abstimmung Stellung zu nehmen. Wie sind nun die Ausichten dieser zu bewerten? Die Provinz Hannover verfügt über eine Einwohnerzahl von knapp drei Millionen. Davon sind lediglich 1 1/2 Millionen wahlberechtigt. Die Deutschhannoversche Partei hat bei den preussischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 nur 410 000 Stimmen auf sich vereinigt.

Nun hat zwar die Partei erklärt, daß es ihr ein leichtes sein werde, an Unterschriften das in der Reichsverfassung geforderte Drittel der sämtlichen Wahlberechtigten, das für den Abstimmungsantrag beansprucht wird, zusammenzubringen. Ob das Verlangen der Wahlberechtigten durch Unterschriften nachzuweisen ist, ist in der Reichsverfassung nicht gelagt und bleibt Aufgabe von Ausführungsbestimmungen. Es sei indes darauf hingewiesen, daß eine Sammlung von Unterschriften längt nicht immer ein getreues Bild des Volkswillens gibt. Wer praktisch im politischen Leben gestanden hat, der weiß, daß bei einem solchen Verfahren nur allzu leicht mit Druckmitteln irgendwelcher Art gearbeitet wird, mit Mitteln, deren wirtschaftlichen Folgen sich gar mancher durch Preisgabe seiner politischen Überzeugung zu entziehen sucht. Praktischer würde es sein, schon den Antrag im Wege geheimer Stimmabgabe zu erfordern.

Aber selbst vorausgesetzt, daß es der Deutschhannoverschen Partei gelänge, den Abstimmungsantrag genügend zu fügen, so ist damit noch lange nicht die gesetzliche Befähigung des Abstimmungsorgans aufgebracht. Zur Wiedererrichtung der staatlichen Selbständigkeit Hannovers sind drei Punkte der abgegebenen Stimmen erforderlich, und diese drei Punkte müssen mindestens die Hälfte sämtlicher Wahlstimmen ausmachen. Geht also den Fall, in der Abstimmung würden die im Februar abgegebenen 410 000 welfischen Stimmen für die Selbständigkeit votieren, während alle übrigen Wähler der Provinz zu Hause blieben, so wäre damit gar nichts erreicht. An dem verlangten Stimmenquantum würde weit über die Hälfte (nämlich etwa 340 000 Stimmen) fehlen. Gewiß ist zuzugeden, daß auch einzelne Angehörige anderer Parteien den Selbständigkeitswünschen der Welfen Gefolgschaft leisten werden; aber nach dem letzten





Der Aufbau der Thüringer Verwaltung.

Die politische Lage vor den Neuwahlen. Der Rücktritt der thüringischen Regierung...

Der Zusammenbruch der ehemaligen thüringischen Staaten...

Die Frage, in welcher Weise die Heber- und Um-... in Thüringen zu wählen.

Die Banque du Rhin hatte in Frankfurt in der Wozl eine... in Frankfurt a. M.

h. f. Das Schloßparktheater gibt einen Jung-Goethe-Abend... in Weimar

Zur Verfassung des Reichsarchivs. Von der... in Berlin

Das Theater in der Kommandantenstraße wird am... in Weimar

nehmen vermochte seinen Geschäftsbetrieb nicht aufrecht zu erhalten...

Wie es zum Umsturz in Bayern kam.

Aussage eines einwandfreien Zeugen.

Wir sind heute in der Lage, Herrn v. Rahr... in München

Während des Krieges steigerte sich die Unzufriedenheit... in Bayern

Hieran knüpft die Vorrede die treffende Bemerkung... in München

Ein demokratisches Sommerfest.

Der deutsche demokratische Jugendverein in Groß... in Berlin

Karten sind im Bureau des Jugendvereins, Bernburger... in Berlin

Das Schauspielhaus in Berlin hat zum 24. September... in Berlin

Die Verfassungen des Reichsarchivs. Von der... in Berlin

Das Schauspielhaus in Weimar hat zum 24. September... in Weimar

Die Geschichte des Kronprinzen.

Wilhelm II. wollte nicht bei Lebzeiten teilen.

Aus dem schon mehrfach von uns zitierten Buche „Hof-... in Berlin

Die Verfassung des Reichsarchivs. Von der... in Berlin

Die Forderungen des Beamtenbundes. Die Forderungen... in Berlin

Streiks und Aussperrungen in Bremen.

Bremen, 16. August. (W. Z. B.) Die Direktion der Aktiengesellschaft Weber...

Der Verband bremischer Beamtenvereine und die... in Bremen

Die Staatsarbeiter beim hiesigen Gasbauamt haben... in Bremen

Die illustrierte Wochenschrift Technische Rundschau

Die Staatsarbeiter beim hiesigen Gasbauamt haben... in Bremen

Die neuen Fernsprechgehören.

Inunterbrochener Tages- und Nachtdienst.

Dem Reichspostministerium wird ausgeschrieben: Am 1. Oktober tritt das neue Fernsprechgesetz in Kraft...

Ein erlebter Raubüberfall. Einen interessanten Einblick in das Leben der Verbrecher gewährt die vollständige Aufklärung des Raubüberfalles...

Berliner Fonds-Börse 16. August 1921.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including Staatsanleihen, Renten, and various company shares.

Fortsetzung notierte Werte.

Continuation of the stock market table from the previous section, listing more companies and their share prices.

Belegten habe, hätten Käufer die ganze Wohnung aufgekauft. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben jedoch...

Verkaufsminderlich. Ministerialdirektor Breuting, der Leiter der Betriebsabteilung des Reichspostministeriums...

Verlängerung der Postzeit.

In der gestrigen Robintzeitung ist, wie wir erfahren, die Frage der Verlängerung der Postzeit grundsätzlich geregelt worden...

Beginn des Spandauer Schulstreiks. In Spandau hat heute der von der ersten Schulgemeinde propagierte Schulstreik begonnen...

Zwende des Rhein-Eifel-Wettens. Von dem Zusammenbruch des Rhein-Eifel-Wettens teilt unser Korrespondent nach folgendem mit...

ein unvollständiges Internat zu handeln, und es vor demgemäß die Herbeiführung der unterliegenden Beträge...

Raubüberfall im Cagnellweg Wiesbaden - Paris.

Ein Verbrecher verhaftet.

Wie der 'Matin' meldet, wurden die Passagiere der Klasse des Schnellzuges Wiesbaden - Paris gefesselt...

'Wunderarzt' Schärer stirbt. Auf Eisenburg wird gemeldet: Der 'Wunderarzt' Schärer ist in Rodburg infolge eines Schlaganfalls...

Morgen verabschiedet Reichler für Berlin und Lindeburg. Einmal wieder, scheinbar trüben und blickt heute bei mäßigen westlichen Winden...

Rechtswissenschaftler Reichler für Berlin und Lindeburg. Einmal wieder, scheinbar trüben und blickt heute bei mäßigen westlichen Winden...

Siegen 1. Weltkrieger.

Large table containing various stock market listings, including sections for 'Ban-Aktien', 'Schiffahrts-Aktien', 'Industrie-Aktien', 'Deutsche Klein- u. Strassenbahn-Aktien', 'Auel Eisenb.-Aktien', 'Braunauer-Aktien', and 'Devisen'. Each section lists company names and their corresponding share prices.





